

Gemeinde Schermbeck  
Der Bürgermeister  
Fachbereich I

Sitzungsdatum: 22.06.2010  
Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr  
Sitzungsort:  
Sitzungszimmer Nr. 131  
Rathaus Schermbeck, Weseler Str. 2

## **Niederschrift**

### **zur 5. Sitzung**

### **des Rates der Gemeinde Schermbeck**

**Sitzungsdauer: 16.00 Uhr – 19.30 Uhr**

#### **Anwesende:**

#### **Mitglieder**

Abwesenheit /  
in Funktion als

**CDU**  
-mit Stimmrecht-

Beck,	Günther
Bikowski,	Engelbert
Brilo,	Johannes
Franke,	Hildegard
Gardemann,	Rainer
Große-Ruiken,	Hubert
Hemmert-Pottmann,	Wilhelm
Hötting,	Christian
Karla,	Uwe
Neuenhoff,	Hildegard
Nienhaus,	Hermann
Schetter,	Klaus
Schult,	Wilhelm
Schulte-Bunert,	Volker
Stuhldreier,	Egon
Wilkskamp,	Klemens

**SPD**

-mit Stimmrecht-

Göbel,	Michael
Hoffmann,	Ralf
Prus,	Rijntje
Schiewer,	Doris
Schwitt,	Daniela

**USWG**

-mit Stimmrecht-

Diedrich,	Clemens
Igel,	Burkhard
Kalwar,	Winfried
Unterberg,	Egon

**GRÜNE**

-mit Stimmrecht-

Gormanns,	Karl-Friedrich	-entschuldigt-
Trick,	Ulrike	
Winterberg,	Christel	

**FDP**

-mit Stimmrecht-

Kleinsteiberg,	Bernd
Heiske,	Thomas M.

**BfB**

-mit Stimmrecht-

Pieniak	Thomas
Roth	Klaus

## Gemeindeverwaltung

Grüter, -mit Stimmrecht-	Ernst-Christoph	Vorsitzender / Bürgermeister
Hoppius,	Günter	Allgemeiner Vertreter
Koch,	Friedhelm	Wirtschaftsförderung
Rexforth,	Mike	Fachbereichsleiter FB 2
Abelt,	Gerd	Fachbereichsleiter FB 3
Schmeing,	Berthold	Fachbereich I, Schulverwaltung -anwesend bis einschl. TOP 12-
Eickelschulte,	Rainer	Schriftführer

## **Tagesordnung und Beschlussniederschrift**

### Öffentlicher Sitzungsteil

TOP

#### **1. Prüfung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Durch Herrn Vorsitzenden Grüter wird festgestellt, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

#### **2. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Grüter verweist auf den schriftlich an alle Ratsmitglieder übersandten Nachtrag zur Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 7.1. –Auflösung des Schulverbandes Brünen-Weselerwald-Dämmerwald- hin.

Herr Hoppius erläutert zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 18, dass diese Angelegenheit nach abschließender Klärung der entscheidungserheblichen Rechtslage in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufgenommen würde.

Auf Nachfrage von Herrn Roth bestätigt Herr Hoppius, dass TOP 6 auch den Antrag der BfB-Fraktion zur Auflösung des Wirtschaftsförderungsausschusses beinhalte.

Unter Aufnahme des Punktes 7.1 -und Absetzung von Punktes 18 wird die vorliegende Tagesordnung einstimmig festgestellt.

#### **3. Feststellung von Ausschließungsgründen (§ 31 GONW)**

Ausschließungsgründe werden nicht festgestellt bzw. angezeigt.

#### **4. Bestellung des Schriftführers**

Zum Schriftführer wird GAR Eickelschulte einstimmig durch den Rat bestellt.

Auf Anmerkung von Herrn Roth kündigt Herr Grüter an, dass zukünftig erhöhtes Augenmerk auf eine fristgemäße Versendung der Sitzungsniederschriften gelegt werde.

#### **5. Mitteilungen inkl. Berichte aus der Arbeit der Verbände und Institutionen**

Auf Anfrage von Herrn Hötting informiert Herr Grüter, dass er bereits den Nachbarkommunen schriftlich einen Dank der Gemeinde Schermbeck übermittelt habe, deren Feuerwehren und Einsatzkräfte bei der Bekämpfung eines Großbrandes in einem Schermbecker Blumenerdewerk vor wenigen Tagen wichtige Unterstützung geleistet hätten. In diesen Schreiben habe er um Weiterleitung des Dankes an die jeweiligen Einsatzkräfte bzw. Löschzüge gebeten.

#### **6. Auflösung und Neubesetzung der Ausschüsse des Rates der Gemeinde Schermbeck**

hier: Anträge der SPD-Ratsfraktion vom 26.04.2010 sowie der BfB-Ratsfraktion vom 29.05.2010 - vergleiche Vorlagen Nr. 00070RAT/2010 -

Herr Schetter hält eine differenzierte Betrachtung zu diesen Ratsentscheidungen für geboten. Abgeleitet aus einem Wahlergebnis von über 50% für die CDU im Schermbecker Rat leite er für seine Fraktion einen eindeutigen Wählerauftrag ab. Um die Spiegelbildlichkeit des Wahlergebnisses in der Ausschussbesetzung zu erhalten, werde seine Fraktion diese Entschließungsanträge ablehnen. Nur damit könne die im Herbst 2009 einvernehmlich mit allen Ratsfraktionen beschlossene Ausschussbesetzung fortgesetzt werden. Die nachträgliche Entscheidung zweier Ratsmitglieder zum Verlassen ihrer bisherigen und zur Bildung einer neuen Ratsfraktion sei nicht demokratisch, weil der Wähler sich zur Ratswahl nicht konkret für oder gegen diese neue Fraktion hätte entscheiden können. Der Antrag der SPD sei aus deren Blickwinkel zwar verständlich, führe aber zu einer nicht vom Ratswahlergebnis getragenen Reduzierung der CDU-Ausschusssitze von 6 auf 5 stimmberechtigte Mitglieder im 11-er Ausschuss. Aufgrund gleicher Folgewirkungen finde auch der Antrag der BfB-Fraktion nicht die Zustimmung seiner Fraktion.

Die SPD-Fraktion werde nach Mitteilung von Frau Schiewer sowohl ihrem eigenen als auch dem Antrag der BfB-Fraktion auf Neubesetzung der Ausschüsse zustimmen.

Eine Beibehaltung der bisherigen Ausschussbesetzung ist nach Mitteilung von Herr Roth für die BfB-Fraktion rechtlich nicht mit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 09.12.2009 hinsichtlich eines vergleichbaren Falles in Niedersachsen vereinbar. Darüber hinaus vermisse ein derartiges Vorgehen auch die demokratisch gebotene Bereitschaft, neue Ratsmehrheiten durch eine Anpassung der Ausschussbesetzung Rechnung zu tragen. Gegen eine Ablehnung der Ausschussauflösung und –neubesetzung werde man die verfügbaren Rechtsmittel in Erwägung ziehen. Gemäß § 15 Abs. 4 der Geschäftsordnung bitte er die übrigen Ratsfraktionen, sich dem Antrag der BfB-Fraktion auf namentliche Abstimmung zur Entscheidung über den Antrag der BfB-Fraktion zur Auflösung aller Ausschüsse anzuschließen.

Frau Trick sieht Fraktionen als Interessengemeinschaften kommunaler Mandatsträger, welche sich alle nach der Kommunalwahl neu bilden würden. Insofern sei eine Weigerung zur Neubesetzung der Ratsausschüsse wenig nachvollziehbar. Zudem verfüge eines der Mitglieder in der neuen Fraktion aus der Ratswahl über ein Direktwahlmandat, so dass man zumindest hieraus eine demokratische Legitimation für die neue Fraktion ableiten könne.

Herr Unterberg erkennt zu einigen Sachfragen Ansatzpunkt für mögliche gemeinsame Positionen der USWG- und der BfB-Fraktion. Das von der CDU-Fraktion angekündigte Abstimmungsverhalten sowie deren Stimmenmehrheit nehme jedoch das Ergebnis zu dieser Entscheidung vorweg. Seine

Fraktion werde sich auch deshalb zu diesen Beschlussanträgen enthalten, weil die BfB-Fraktion keinerlei Kontakte hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit initiiert habe.

Herr Heiske verbindet mit Ratswahlen Wählerstimmen, welche auf der einen Seite vorrangig für eine kandidierende Partei abgeben würden. Hier vermute er den Entscheidungsschwerpunkt bei den Wählern. Auf der anderen Seite erfolgten auch Stimmabgaben, bei denen der Direktkandidat maßgeblich für die Wahlentscheidung sei. Nicht nur aus einem Aspekt, sondern aus beiden Kriterien summierten sich die Wählerstimmen. Aus dieser Gesamtkonstellation leite die FDP ihre Enthaltung zu dieser Entscheidung ab.

Herr Grüter stellt fest, dass der Beschlussantrag der BfB-Fraktion inhaltlich weitergehend sei, weshalb dieser zunächst zur Abstimmung gestellt werde.

Der Antrag der BfB-Fraktion auf namentliche Abstimmung zum Beschlussantrag der BfB-Fraktion für die Ausschussauflösung und –neubildung wird auf Nachfrage von BM Grüter von mehr als einem Fünftel der Ratsmitglieder mitgetragen (1 Nein-Stimme).

### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt die Auflösung sämtlicher Ausschüsse des Rates der Gemeinde Schermbeck zum Zwecke der anschließenden Neubildung und vollständigen personellen Neubesetzung aller Ausschüsse.

### **Ergebnis der namentlichen Abstimmung:**

<b><u>CDU</u></b>		<b><u>Abstimmungs- entscheidung:</u></b>
Beck,	Günther	Nein
Bikowski,	Engelbert	Nein
Brilo,	Johannes	Nein
Franke,	Hildegard	Nein
Gardemann,	Rainer	Nein
Große-Ruiken,	Hubert	Nein
Hemmert- Pottmann,	Wilhelm	Nein
Hötting,	Christian	Nein
Karla,	Uwe	Nein
Neuenhoff,	Hildegard	Nein
Nienhaus,	Hermann	Nein
Schetter,	Klaus	Nein
Schult,	Wilhelm	Nein
Schulte-Bunert,	Volker	Nein
Stuhldreier,	Egon	Nein
Wilkskamp,	Klemens	Nein
<b><u>SPD</u></b>		
Göbel,	Michael	Ja

Hoffmann,	Ralf	Ja
Prus,	Rijntje	Ja
Schiewer,	Doris	Ja
Schwitt,	Daniela	Ja

### **USWG**

Diedrich,	Clemens	Enthaltung
Igel,	Burkhard	Enthaltung
Kalwar,	Winfried	Enthaltung
Unterberg,	Egon	Enthaltung

### **GRÜNE**

Trick,	Ulrike	Ja
Winterberg,	Christel	Ja

### **FDP**

Heiske,	Thomas M.	Enthaltung
Kleinsteinberg,	Bernd	Enthaltung

### **BfB**

Pieniak,	Thomas	Ja
Roth,	Klaus	Ja
Bürgermeister Grüter,	Ernst- Christoph	Nein

Herr Grüter stellt fest, dass der Beschlussvorschlag der BfB-Fraktion mit 17 Nein-Stimmen, 9 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt sei.

### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt die Auflösung des Haupt- und Finanz-, Betriebs-, Planungs- und Umwelt-, Rechnungsprüfungs- sowie des Wirtschaftsförderungsausschusses des Rates der Gemeinde Schermbeck zum Zwecke der anschließenden Neubildung und Neubesetzung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen den Fraktionsantrag (17 Nein-Stimmen; 6 Enthaltungen).

Herr Roth verdeutlicht, dass der Antrag seiner Fraktion zur ersatzlosen Auflösung des Wirtschaftsförderungsausschusses als eigenständiges Antragsbegehren zu werten sei. Er beruhe auf der Einschätzung, dass dieser freiwillige Ausschuss Beratungen zu Themen führe, die nicht den Aufwand einer gesonderten Ausschusssitzung rechtfertigten bzw. von anderen bestehenden Ausschüssen übernommen werden könnten.

Herr Schetter erinnert an die vor ca. 6 Monaten von allen Ratsfraktionen einstimmig getroffene Entscheidung, diesen Ausschuss zu bilden. Für den Bürger und ihn sei es wenig nachvollziehbar, wenn sich der Rat innerhalb kurzer Zeiträume wiederholt mit dem gleichen Thema befasse. Als speziellem kommunalpolitischem Ansprechpartner begrüße die heimische Wirtschaft die Schaffung dieses Gremiums, welches mit seinen Firmenbesichtigungen und Medienberichterstattung eine Öffentlichkeit für die Gewerbebetriebe schaffe. Eine Verschiebung der Wirtschaftsförderung an den Haupt- und Finanzausschuss bewerte er als eindeutig schlechtere Lösungsalternative.

Bestätigt durch den Verlauf der letzten WFA-Sitzung sieht Herr Heiske sich nicht als vorbehaltlosen Befürworter der bisherigen Arbeit dieses Ausschusses. Das Unternehmen durch die Sitzungen dieses Ausschusses in den Focus der Presse gestellt würden und damit eine Art Wirtschaftsforum entstehe, dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden. Einen Lösungsansatz sehe er darin, den Wirtschaftsförderungsausschuss nur noch dann zu terminieren, wenn die anstehenden Tagesordnungspunkte sich zu einer ausreichenden Sitzungsnotwendigkeit summieren.

Für Frau Schiewer ergeben sich aus allen Ausführungen tlw. berücksichtigungswürdige Aspekte. Als Signal für die heimische Wirtschaft befürwortet sie einen Fortbestand des Wirtschaftsförderungsausschusses, wobei der Vorsitzende jedoch verstärkt die Arbeit bündeln und die Effizienz fördern müsse.

Nach der Leitung von 2 Sitzungen des Wirtschaftsförderungsausschusses sieht Herr Brilo eine positive Resonanz aus den ortsansässigen Gewerbebetrieben. Es sei ein wichtiges Signal an die heimische Wirtschaft, dass ihr vor Ort ein eigener Ansprechpartner in der Kommunalpolitik zur Verfügung stehe. Dies erleichtere den Unternehmen zudem ihre Identifikation in der Gemeinde. Auch die Besichtigung der Fa. Stender in der letzten Ausschusssitzung sei mit positiven Rückmeldungen verbunden gewesen. All dies spreche aus seiner Sicht für einen Fortbestand des Wirtschaftsförderungsausschusses.

Frau Trick teilt grundsätzlich die positive Bewertung der Betriebsbesichtigungen. Andererseits beobachte sie eine zunehmende Ausdünnung der Tagesordnungen zu den Ausschusssitzungen. Unter Berücksichtigung der schlechten Haushaltslage und den aus ihrer Sicht zunehmend weniger bedeutsamen Arbeitsergebnissen befürworte sie eine Ausschussaflösung.

Herr Roth erinnert an seinen Antrag, im Haushalt die Kosten für die Wirtschaftsförderung gesondert auszuweisen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt, den Wirtschaftsförderungsausschuss mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen den Fraktionsantrag (26 Nein-Stimmen; 2 Enthaltungen).

Herr Grüter verdeutlicht, dass mit Blick auf diese Grundlagenentscheidungen Beschlussanträge, die eine Auflösung bzw. Neubesetzung der Ausschüsse voraussetzen, keiner Abstimmung mehr bedürften. Er informiert zusammenfassend über die Vorgaben aus § 58 Abs. 1 S. 7 der Gemeindeordnung NRW und dem daraus resultierenden Benennungsrecht für die BfB-Fraktion in den Ausschüssen, in denen sie nicht als ständiges Mitglied über ein Stimmrecht verfüge.

Auf Vorschlag von Herrn Roth wird folgender Benennungsvorschlag zur Abstimmung gestellt:

### **Beschluss:**

Auf Vorschlag der BfB-Fraktion, die nicht mit Stimmrecht als ständiges Mitglied in den nachfolgenden Ausschüssen vertreten ist, werden nach § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW als Mitglieder

dieses Ausschusses mit beratender Stimme folgende Personen benannt und vom Rat gem. § 58 Abs. 1 Satz 8 GO NW bestellt:

Ausschuss	Mitglied mit ber. Stimme	pers. Stellvertreter
Haupt- und Finanzausschuss	Roth, Klaus	-
Rechnungsprüfungsausschuss	Roth, Klaus	-
Wirtschaftsförderungsausschuss	Roth, Klaus	-
Betriebsausschuss	-	Roth, Klaus
Planungs- und Umweltausschuss	Roth, Klaus	-
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	Roth, Klaus	Pieniak, Thomas
Wahlprüfungsausschuss	Roth, Klaus	Pieniak, Thomas

Gleichzeitig stellt der Rat der Gemeinde Schermbeck durch Beschluss fest, dass Herr Roth nunmehr mindestens einem Ausschuss als Mitglied mit beratender Stimme angehört, so dass sein bisheriger Anspruch auf beratende Mitgliedschaft im Betriebsausschuss gemäß § 58 Abs. 1 S. 11 + 12 GO NRW nicht mehr besteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig für den Benennungsvorschlag und den Feststellungsbeschluss.

**7. Neuwahl der Ausschussvorsitzenden und stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gem. § 58 Abs. 5 GO NW**

hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 26.04.2010

- vergleiche Vorlagen Nr. 00071RAT/2010 -

Weil die personelle Besetzung für den Betriebsausschuss im vorherigen Tagesordnungspunkt nicht verändert wurde und Herr Hoffmann damit kein Mitglied des Betriebsausschusses sei, sieht Herr Schetter keine Möglichkeit, entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion Herrn Hoffmann zum Vorsitzenden dieses Ausschusses zu wählen. Die Neuwahl aller Ausschussvorsitzenden werde damit insgesamt entbehrlich.

Aufgrund dieser geänderten Ausgangslage zieht Frau Schiewer den Antrag ihrer Ratsfraktion zu diesem Tagesordnungspunkt zurück.

Ohne Einwendungen seitens der Ratsmitglieder stellt Herr Grüter fest, dass mit der Antragsrücknahme eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr notwendig sei.

**7.1 Auflösung des Schulverbandes Brünen-Weselerwald-Dämmerwald**

- vergleiche Vorlagen Nr. 00059RAT/2010 -

Herr Schulte-Bunert kündigt an, sich bei der Entscheidung zur Auflösung des Schulverbandes der Stimme zu enthalten.

Herr Roth kündigt unter Hinweis auf die zu erwartende Einsparung von Haushaltsmitteln bei der Auflösung des Schulverbandes die Zustimmung zum ersten Teilbeschluss an. Unter Bezugnahme auf die bereits zu einem früheren Zeitpunkt ermittelten höheren Beschulungskosten im Vergleich zu den

Schermbecker Schulen bedauert er, dass die Verwaltung nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Verbandsauflösung thematisiert hätte. Er vertrete zudem die Auffassung, dass Schermbeck als vollwertiges Mitglied in diesem Schulverband eine angemessene Beteiligung an den möglichen Verkaufserlösen dieses Schulgrundstückes zum Zwecke einer wertsteigernden Folgebebauung einfordern solle. Er rege daher an, den zweiten Teil des Beschlussentwurfes dahingehend zu erweitern, dass die Gemeinde Schermbeck angemessen an den Einnahmen aus einer möglichen Grundstücksveräußerung des Schulgeländes zu beteiligen sei und beantragt die Protokollierung dieses Hinweises in der Sitzungsniederschrift.

Herr Hoppius verdeutlicht, dass erst durch eine Änderung des Schulgesetzes die Schulbezirke mit jeweils zuständigen Pflichtschulen abgeschafft worden seien. Erst diese nachträgliche Gesetzesänderung habe die Möglichkeit für das nunmehr vorgelegte Konzept zur Schulverbandsauflösung geschaffen. Der vorgelegte Entwurf zur Verbandsauflösung sei in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Hamminkeln erarbeitet worden und bedürfe zur Wirksamkeit nach seiner Verabschiedung durch den Schermbecker Gemeinderat noch der Zustimmung durch den Rat der Stadt Hamminkeln sowie der Zustimmung der Verbandsversammlung. Weil das Schulgrundstück bei der Gründung des Schulverbandes nicht von der Gemeinde Schermbeck, sondern von der Stadt Hamminkeln eingebracht worden sei, bestehe für die Gemeinde Schermbeck kein vermögensrechtlicher Beteiligungsanspruch an den Verkaufserlösen für dieses Grundstück.

Herr Hötting terminiert die Änderung des Schulgesetzes auf das 2 – 3 Vorjahr. Insofern sei eine Forderung nach früherem Tätigwerden der Verwaltung daher unzutreffend. Obwohl der Schulverband seit seinem Bestehen sehr gute Bildungsarbeit geleistet habe, erfordere der Zeitwandel und die geänderte Rechtslage eine Lösung von alten Strukturen. Die Beschulung der Kinder in diesen Ortsteilen sei unabhängig vom zukünftigen Schulträger auch nach der Verbandsauflösung weiterhin gewährleistet.

Herr Prof. Dr. Igel erinnert an die Initiative seiner Ratsfraktion zur Bearbeitung dieses Themenbereiches. Skeptikern einer Verbandsauflösung gebe er zu Bedenken, dass auch mit einem Auflösungsbeschluss die nahtlose Fortsetzung der Beschulung aller Kinder sichergestellt sei. Die Verwaltungen beider Kommunen hätten hier eine Einigung vorbereitet, welche zur Ausgabenreduzierung beitrage. Er danke der Verwaltung und dem Bürgermeister für ihre Arbeit.

Herr Heiske hofft auf eine Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Verbandsauflösung und sei dankbar für die Ausarbeitung dieser erstrebenswerten Lösung.

### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt, die Mitgliedschaft im Schulverband Brünen-Weselerwald-Dämmerwald ab dem Jahr 2011 nicht mehr fortzusetzen und beauftragt die Verwaltung, durch die Schulverbandsversammlung einen Beschluss zur Auflösung des Schulverbandes herbeizuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag (1 Enthaltung).

### **Beschluss:**

2. Der Rat beschließt, die Vermögensauseinandersetzung gem. Darstellung im Sachverhalt unter 2. zu akzeptieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag (3 Enthaltungen).

**Beschluss:**

3. Der Rat beschließt, die Mitglieder in der Schulverbandsversammlung anzuweisen, einem vom Schulverbandsvorsteher vorgeschlagenen Auflösungsbeschluss zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag (3 Enthaltungen).

**Beschluss:**

4. Der Rat beschließt, dass die Zustimmung gem. § 7 Abs. 4 der Verbandssatzung zur Auflösung des Schulverbandes Brünen-Weselerwald-Dämmerwald als erteilt gilt, sollte die Schulverbandsversammlung die Auflösung des Schulverbandes beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag (2 Enthaltungen).

**8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Schermbeck für den Zeitraum 2010 – 2015 mit Ausblick bis 2021/22**

- vergleiche Vorlagen Nr. 00065RAT/2010 -

**Beschluss:**

Der Schulentwicklungsplan der Gemeinde Schermbeck wird nach Maßgabe der Fortschreibung 2010, aufgestellt durch die Projektgruppe "Bildung und Region" aus Bonn, fortgeschrieben (§ 80 Abs. 1 Schulgesetz (SchulG)). Dem Kultur-, Schul- und Sportausschuss ist im Jahr 2010 die Thematik „Zügigkeit an den Schermbecker Grundschulen“ zur konkretisierenden Beratung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

**9. Kooperationsvereinbarung „Römer-Lippe-Route“**

- vergleiche Vorlagen Nr. 00058RAT/2010 -

Herr Roth beantragt die Erweiterung des Beschlusssentwurfes dahingehend, dass für den Haushalt der Gemeinde Schermbeck aus dem Beitritt zu dieser Kooperationsvereinbarung keine finanzielle Zusatzbelastung folge. Er verweist auf ein bereits bestehendes Rad- und Wanderwegenetz in ausreichendem Umfang, so dass die Beteiligung an zusätzlichen Routen entbehrlich wäre.

Herr Grüter nimmt Bezug auf die im Wirtschaftsförderungsausschuss hierzu vermittelten Informationen. Für die zu leistende Beitragszahlung sei ein Sponsor gefunden, so dass der Kommunalhaushalt hiermit nicht belastet werde. Diese Kooperation sei von langer Hand vorbereitet worden, um sich mit ihrem Konzept für den Radwandertourismus ein erfolversprechendes Zusatzangebot zur Verfügung zu stellen. Der vorgeschlagenen Beschlusserweiterung entgegnet er, dass damit auch evtl. später notwendige Modifikationen ausgeschlossen würden, auch wenn dann eine bessere Finanzlage dieser Ausgabe nicht mehr entgegenstehe.

Herr Hötting sieht in der Beteiligung und Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitern an derartigen Projekten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der mit vielen Arbeitsplätzen verbundenen Tourismusbranche in Schermbeck und weist abwertende andersartige Vermutungen als unzutreffend zurück.

Herr Heiske verweist auf die einstimmige Kooperationsempfehlung aus dem Wirtschaftsförderungsausschuss. Zu Ziffer 2 des Beschlussentwurfes regt er an, nach dem Wort „Wirtschaftsförderungsausschuss“ die Ergänzung „oder das sonst zuständige Gremium“ einzufügen.

Die Ratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ steht nach Mitteilung von Frau Winterberg Maßnahmen der Tourismusförderung grundsätzlich positiv gegenüber. Die bereits in vielfältiger Art bestehenden Mitgliedschaften der Gemeinde Schermbeck in touristischen Organisationen auch über den Kreis Wesel lasse aber Zweifel entstehen, ob nicht mit weiteren Kooperationen unnötige Überlappungen entstehen würden. Mit der bereits bestehenden Mitgliedschaft des Kreises Wesel im Regionalverband Ruhr, dessen Mitgliedsbeiträge die Gemeinde Schermbeck über die Kreisumlage finanziere, existiere aus ihrer Sicht schon entsprechende Finanzierungsstrukturen. Sie frage sich, was diese zusätzliche Projektinitiative auszeichne und befürchte eine unnötige Ausuferung durch weitere Beitritte.

Herr Grüter stellt fest, dass jede Gremiumsteilnahme und Beitrittsentscheidung im touristischen Bereich durch die Gemeindeverwaltung sehr kritisch geprüft werde. Bei Teilnahme und Beitrittsentscheidungen stände eindeutig der touristische bzw. wirtschaftliche Vorteil der Gemeinde Schermbeck im Vordergrund.

**Beschluss:**

1. Die Gemeinde Schermbeck stimmt der Kooperationsvereinbarung „Römer-Lippe-Route“  
- eine Projektinitiative zur Tourismus- und Strukturförderung entlang der Lippe und der begleitenden Kanäle von Detmold bis Xanten – vom 21.04.2010 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag (4 Nein-Stimmen).

**Beschluss:**

2. Vor der Aufnahme von Gesprächen über eine Anschlussregelung nach Ablauf der Kooperation ist der Rat oder das sonst zuständige Gremium erneut zu beteiligen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag (1 Nein-Stimme).

**10. Kündigung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben einer Jugendmusikschule in der Gemeinde Schermbeck durch die Stadt Wesel**  
- vergleiche Vorlagen Nr. 00054RAT/2010 -

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt die Kündigung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben einer Jugendmusikschule in der Gemeinde Schermbeck durch die Stadt Wesel zum 31.12.2010.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

**11. Erlass einer 5. Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung für die Sportstätten der Gemeinde Schermbeck vom 14.12.1976**  
- vergleiche Vorlagen Nr. 00047RAT/2010 -

### Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt die der Vorlage Nr. 00047.1KSSA/2010 beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung für die Sportstätten der Gemeinde Schermbeck vom 14.12.1976.

Die beschlossene Änderungssatzung wird dem archivierten Original der Niederschrift zur Ratssitzung am 22.06.2010 beigefügt.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

## **12. Handlungsfähigkeit wiedergewinnen**

hier: Antrag der USWG-Fraktion vom 25.05.2010

- vergleiche Vorlagen Nr. 00078RAT/2010 -

Durch Aufgabenübertragungen von Bund und Land auf die Kommunen ohne adäquate Finanzausstattung sowie Einnahmeausfälle durch die Weltwirtschaftskrise befindet sich nunmehr auch die Gemeinde Schermbeck nach Mitteilung von Herrn Unterberg in einer besorgniserregenden Finanzsituation. Das aktuelle und mittelfristig prognostizierte Haushaltsdefizit habe die USWG Fraktion veranlasst, diesen Antrag einzureichen. Trotz konstruktiver interfraktioneller Haushaltsberatungen summiere sich das gegenwärtig erschlossene Einsparpotential lediglich auf ca. 210.000,- € welches bei weitem nicht zur Deckung des Haushaltsdefizites von 3,5 Mio. € ausreiche. Dabei sei zunächst die Verwaltung gefordert, alle Finanzdaten aufzuarbeiten und die freiwilligen sowie die Pflichtausgaben getrennt voneinander aufzulisten. Erst mit dem Abschluss dieser Vorarbeiten sehe sich die USWG in der Lage, Haushaltsentscheidungen zu treffen. Die dramatische Haushaltslage erlaube es nicht mehr, die bisherige Vorgehensweise fortzusetzen. Unter Einbeziehung früherer Anträge der USWG-Fraktion könnten die Beschlussanträge zu 1 und 2 als Erinnerung betrachtet werden.

Herr Gardemann bewertet diesen Antrag als überflüssig, weil aufgrund rechtlicher Vorgaben viele der geforderten Vorarbeiten bereits in Arbeit seien.

Herr Hoppius schließt sich der Bewertung von Herrn Gardemann an und führt aus, dass die Verwaltung aufgrund des Haushaltsdefizites zwingend ein Haushaltssicherungskonzept mit den hier geforderten Informationen aufzustellen habe. Rechtliche Vorgaben verpflichteten die Verwaltung innerhalb vorgegebener Bearbeitungszeiträume zur Aufarbeitung dieser Fragestellungen und zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Aufgrund dieser rechtlichen Verpflichtungen sei ein Ratsbeschluss hierzu nicht notwendig.

Herr Grüter verdeutlicht, dass selbst bei einer Stornierung aller freiwilligen Zahlungen im Schermbecker Finanzhaushalt immer noch ein siebenstelliges Defizit verbleibe. Dies verdeutliche, dass ohne die grundlegende Reform der Kommunalfinanzanzen die Gemeinden gegenwärtig nicht in der Lage seien, ihre Finanzprobleme nachhaltig zu lösen.

Herr Heiske sieht bei dieser Ausgangslage keine Notwendigkeit einer Ratsentscheidung zu dem erstgenannten Beschlussvorschlag im USWG Antrag. Zu prüfen bleibe, inwiefern durch eine sogenannte Schermbeck-Anleihe zusätzliche Einnahmen erschlossen werden könnten und dies mit der Steuerhoheit der Kommunen vereinbar sei.

Der erstgenannte Beschlussvorschlag im Antrag der USWG-Fraktion findet die Zustimmung von Herrn Roth. Die Alternativbeschlüsse 2 und 3 lehne er ab, weil für ihn zusätzliche Finanzbelastungen der Bürger aufgrund tendenziell sinkender Realeinkommen nicht vertretbar seien. Für ihn sei das Haushaltsdefizit der Gemeinde Schermbeck auch eine Folge von finanzintensiven Projekten, bei denen man die Folgekosten nicht von vornherein ausreichend gewürdigt habe. Vergleiche würden belegen, dass die Belastung der Schermbecker Bürger mit kommunalen Abgaben schon jetzt über den Durchschnittswerten liege. Dabei favorisiere er jedoch von Anfang an öffentliche Beratungen,

um den Bürger umfassend zu informieren und einzubinden. Nach seiner Einschätzung werde ein Großteil der eingesparten Ausgaben lediglich zeitlich verschoben.

Frau Schiewer erinnert an die von der Verwaltung zu jeder interfraktionellen Etatbesprechung vorgelegten Ausarbeitungen. Dieser Antrag der USWG sei für sie auch deshalb unverständlich, weil nach ihrer Einschätzung sich alle Fraktionsvorsitzende auf die bisherige Vorgehensweise geeinigt hätten. Diese Vorabstimmungen und fraktionsinternen Beratungen verdeutlicht, dass man sich in einer Vorbereitungsphase für die eigentlichen Etatberatungen befinde, bei der sowohl die Verwaltung als auch die Fraktionen konstruktiv zusammen gearbeitet hätten. Die ernste Finanzsituation erfordere gemeinsame Ergebnisse und keinen politischen Schlagabtausch.

Frau Winterberg sieht hier einen besorgniserregenden Themenbereich. Eine Beteiligung an der Abstimmung schließe sie jedoch aus, weil die Antragsbegründung mit satirischen Elementen die notwendige Objektivität vermissen lasse.

Herr Schetter schließt sich den Ausführungen von Frau Schiewer an und fordert alle Ratsfraktionen auf, die vorbehaltlose Zusammenarbeit weiter fortzusetzen. Diesem Antrag werde er keine Zustimmung erteilen.

Herr Pieniak regt einen Ideenwettbewerb unter den Verwaltungsmitarbeitern als effektiven Beitrag zur Erlangung weiterer Einsparvorschläge an.

Zur Haushaltskonsolidierung der Gemeinde Schermbeck merkt Herr Hoppius an, dass für das Haushaltsjahr 2010 keine Neuverschuldung der Gemeinde Schermbeck geplant sei und bereits seit dem Jahr 2001 mit Ausnahme eines Nachtragshaushaltes ebenfalls auf Neuverschuldungen verzichtet wurden. Er betont, dass die Verwaltung bereits seit längerer Zeit nicht nur an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2010, sondern auch an Einsparvorschlägen für frühere Haushaltspläne gearbeitet habe. Es entspreche nicht den bisher von der Verwaltung erbrachten Leistungen, wenn mit der Aufforderung zur Erstellung von Einsparvorschlägen der Eindruck erweckt werde, die Verwaltung sei hier mit Arbeitsdefiziten belastet. Die Verwaltung erfülle ihre Pflichten aus den Vorgaben zur Haushaltsplanaufstellung, so dass insofern eine Ratsentscheidung entbehrlich sei. Sehr wohl bleibe dem Rat jedoch die Entscheidung über das hoffentlich gemeinsam konzipierte Haushaltssicherungskonzept.

Frau Schwitt verwehrt sich nachdrücklich gegen die Einordnung interfraktioneller Gespräche als „Geheimtreffen“. Es sei langjährige politische Praxis, dass die Fraktionsvorsitzenden die übrigen Ratsmitglieder über die Inhalte dieser Gespräche informieren.

Herr Unterberg teilt für seine Fraktion mit, dass man die alternativen Beschlussentwürfe 2 und 3 zurückziehe und für den erstgenannten Beschlussentwurf weiterhin einer Ratsentscheidung beantrage. Weil für ihn noch Fragestellungen zur Etatverabschiedung unbeantwortet seien, sehe er den Rat dazu ermächtigt, einen entsprechenden Auftrag an die Verwaltung zu erteilen.

Herr Große-Ruiken macht darauf aufmerksam, dass die Gemeinde Schermbeck in früheren Jahren aufgrund der besseren Haushaltslage nicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes mit den hier eingeforderten Detailinformationen verpflichtet war. Vielmehr erfordere die aktuelle Verschlechterung der Haushaltslage gem. § 75 Abs. 3 GO sowie eines Leitfadens des Innenministeriums auch ohne entsprechenden Ratsbeschluss zwingend die Aufarbeitung der im vorliegenden Beschlussantrag benannten Themenbereiche als Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes. Dieses werde mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2010 beschlossen. Daher erübrige sich eine weitere Beratung hierzu.

Herr Wilkskamp beantragt gem. § 13 Abs. 1 b der Geschäftsordnung den Abschluss der Rednerliste und die alsbaldige Abstimmung.

Entsprechend dem Beratungsverlauf stellt Herr Grüter Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der USWG-Fraktion zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Ziffer 1 des Beschlussantrages der USWG-Fraktion vom 25.05.2010 wird entsprochen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen den Fraktionsantrag (23 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)

Herr Schmeing verlässt den Sitzungsraum.

### **13. Modellprojekt Nachbarschaftsbetreuung - Schermbecker für Schermbecker**

hier: Antrag der Fraktion „Bürger für Bürger“ im Rat der Gemeinde Schermbeck vom 18. Mai 2010  
- vergleiche Vorlagen Nr. 00083RAT/2010 -

Herr Roth stellt fest, dass er nicht der Verwaltung fehlende Informationen über die voraussichtlichen Kosten dieses Projektes vorgeworfen habe. Vielmehr bestehe beim ihm Verwunderung darüber, dass Kostenbenennungen zu diesem Projekt zunächst im Internet abrufbar waren und erst später für das Jahr 2009 auf 35.350,- € und für das Jahr 2010 auf 70.700,- € beziffert wurden. Er vertrete die Auffassung, dass man in Schermbeck und im Kreis Wesel über ein ausreichendes Spektrum an Pflegeberatung verfüge. Unter Würdigung dieser bestehenden Angebote sehe er ohne Defizite für die Betroffenen durch die umgehende Einstellung des Modelprojektes „Nachbarschaftsbetreuer“ die Möglichkeit, 50.000 €– 70.000,- € im Kommunalhaushalt einzusparen. Er vertritt die Auffassung, dass man diesem Projekt bereits eine einjährige Laufzeit zuordnen könne und ihm ein Projektbericht zum 1. Halbjahr vorliege.

Herr Koch erinnert an die von der Verwaltung im WFA hierzu vermittelten Informationen. Er beobachte ein reges Interesse an dem hier für die Gemeinde Schermbeck entstehenden Angebot. In der Nachbarkommune Dorsten verzeichne man zu einem ähnlichen Angebot ebenfalls regen Zuspruch. Das mit kompetenter Fachberatung entwickelte Konzept habe als klares Ziel, durch vorrangige ambulante Pflegebetreuung in der Wohnung des Betroffenen die erheblich kostenintensivere Altenpflege in stationären Heimen zu vermeiden. Diese Einsparung von Sozialleistungen entlaste auch die kommunale Finanzhaushalt.

Für Frau Schwitt ist denkbar, dass dieses mit Kreismitteln geförderte Projekt zur Förderung der Betreuung älterer Menschen in der eigenen Wohnung ggf. auf einer andere Ebene effektiver zu gestalten sei. Sie sehe optimierungsfähige Bereiche bei der Umsetzung des Projektes.

Herr Koch entgegnet, dass 2 Personen den Kreis Wesel im Lenkungsausschuss vertreten und dieser somit als Zuschussgeber und Träger weiterer sozialer Projekte maßgeblich eingebunden sei. Es werde nicht ausgeschlossen, dass dieses Projekt noch Entwicklungspotenzial beinhalte. Wie angedacht, plädiere er jedoch dafür, den 1. Jahresbericht zum Projektverlauf, welcher im Jahr 2011 vorliegen werde, abzuwarten. Erst dann sollte man weitere Entscheidungen treffen. Der Kreis Wesel selbst habe bisher seine abschließende Entscheidung zu diesem Projekt an dem nach 3 Jahren Projektlaufzeit zu fertigenden Abschlussbericht geknüpft.

Eine Grundlage für den erfolgreichen Projektstart ist nach Ansicht von Herrn Hötting die einheitliche Unterstützung dieses Themenbereiches durch möglichst alle Fraktionen. Insofern erinnere er an die auch durch den früheren Vorsitzenden der SPD-Fraktion hierzu vertretene Zustimmung. Die Gemeinde habe neben einer wirtschaftlichen auch eine Sozialverantwortung gegenüber ihren Bürgern. Er spreche sich dafür aus, weitere Entscheidungen zum Vorgehen in jedem Falle erst nach dem Vorliegen des jährlichen Projektberichtes zu treffen. Eine voreilige Schlechtbewertung in öffentlichen Diskussionen schade nicht nur dem Projekt, sondern demotiviere auch die ehrenamtlich mitwirkenden Personen. Er klassifiziere die gegenwärtigen Angriffe hiergegen als den Versuch, das Scheitern des Projektes zu fördern und fordert zu einer Versachlichung der Diskussion auf.

Frau Schiewer favorisiert eine interfraktionelle Abstimmung vor weiteren Entscheidungen zum Projekt mit dem Vorliegen von Zwischenberichten. Dieser Antrag werde daher abgelehnt.

Herr Heiske verbindet einleitend mit dem Nachbarschaftsbetreuer Betreuungsvorteile. Es gelte jedoch Doppelstrukturen und entbehrlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Dies gelte auch deshalb, weil der Kreiszuschuss über einen Umlagehaushalt aus Gemeindemitteln finanziert werde. Dem Vorschlag, diese Betreuung in andere ehrenamtlicher Weise unter Einbeziehung bereits vorhandener Strukturen sei durchaus erwägenswert.

Frau Winterberg verweist auf die auch beim Kreis Wesel bestehende Aufgabe der Haushaltskonsolidierung, weshalb alle freiwilligen Leistungen dort auf den Prüfstand gestellt würden. Sie hoffe, dass mit dem Vorliegen des ersten Zwischenberichtes Informationen für eine fundiertere Entscheidungsfindung verfügbar würden und kündigt ihre Ablehnung zu diesem Antrag an.

Herr Unterberg hält es für bedeutsam, auch zu diesem Projekt das weitere Vorgehen nicht unkritisch fortzusetzen, sondern auch hier durch überlegtes Vorgehen Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Für Herrn Grüter ist bedeutsam, dass die Kosten für einen stationären Pflegeplatz sich jährlich auf ca. 70 – 80.000,- € summieren würden, wodurch die Projektkosten sich bereits nach der Vermeidung eines stationären Pflegefalles durch Ermöglichung einer Betreuung in der eigenen Wohnung als refinanziert angesehen werden könnten.

#### **Beschluss:**

Dem Antrag der Fraktion „Bürger für Bürger“ vom 18.5.2010 auf umgehende Einstellung des Modellprojektes Nachbarschaftsbetreuung - Schermbecker für Schermbeck wird entsprochen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen den Fraktionsantrag (25 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

#### **14. Erlass einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck vom 16.12.1999**

hier: Antrag der BfB-Fraktion vom 03.06.2010-

- vergleiche Vorlagen Nr. 00084RAT/2010 -

Unter Hinweis auf die von der Verwaltung vorgelegte Auflistung zu den an sachk. Bürger ausgezahlten Sitzungsgeldern für Fraktionssitzungen hat Herr Gardemann einen Durchschnittswert von 8 abgerechneten Fraktionssitzungen je sachk. Bürger pro Jahr ermittelt. Dies lasse aus seiner Sicht einen verantwortungsbewußten Umgang erkennen, welcher keine Satzungsänderung zwingend erfordere.

Herr Hötting sieht ein intensives kommunalpolitisches Engagement der sachk. Bürger in den Ratsfraktionen, auf das insbesondere die kleineren Parteien zur Entlastung der übrigen Fraktionsmitglieder kaum verzichten könnten.

Frau Trick bewertet die Mitarbeit der sachk. Bürger in den Fraktionen als sehr wertvoll, zumal viele kommunalpolitische Nachwuchskräfte über diese Mandatsart den Einstieg finden würden. Alle Fraktionen hätten zurückhaltend diese Mittel genutzt.

Herr Prof. Dr. Igel beantragt, die Rednerliste abzuschließen.

Herr Pieniak begrüßt das politische Engagement der sachk. Bürger, verweist jedoch auf das für die Teilnahme an den Ausschusssitzungen den sachkundigen Bürgern ebenfalls gezahlte Sitzungsgeld. Mit einer Reduzierung der max. abrechnungsfähigen Fraktionssitzungen verhindere man nach seiner Einschätzung kein kommunalpolitisches Engagement.

Auf Vorschlag von Herrn Unterberg stellt BM Grüter folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt, die Verwaltung mit der Vorlage eines Entwurfes zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. des Rates der Gemeinde Schermbeck zu beauftragen, in der die Höchstzahl der abrechnungsfähigen Fraktionssitzungen für sachkundige Bürger jährlich auf 12 Sitzungen begrenzt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gemäß ergänztem Beschlussantrag (6 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen)

**15. Einstellung der Anlagen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten des öffentlichen Teils von Rats- und Ausschuss-Sitzungen ins Internet**

hier: Antrag des Herrn Roth vom 22.04.2010

- vergleiche Vorlagen Nr. 00093RAT/2010 -

Herr Hoppius verweist auf die Ausführungen in der Beratungsvorlage und verdeutlicht den zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung, um die aus datenschutzrechtlichen Gründen im Internet nicht darstellbaren Textpassagen zu ermitteln, sie unleserlich darzustellen und anschließend diese Inhalte für eine Darstellung im Internet zu digitalisieren. Zudem dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass einige Inhalte aufgrund ihres Sonderformates bzw. speicherintensiver Grafikdarstellungen nur mit einer Dateigröße abgespeichert werden könnten, welche im Internet mit Standardbandbreite nur oberhalb zumutbarer Download-Zeiten abrufbar wären. Auf seine entsprechende Rückfrage bestätigt Herr Roth, dass ein Antragsschwerpunkt in der Darstellung von Fraktionsanträgen gesehen werde.

Herr Grüter ist zuversichtlich, dass die Verwaltung hier einen praktikierbaren Lösungsweg finden werde. Aufgrund des Beratungsverlaufes stellt Herr Grüter ohne Einwendungen seitens der Ratsmitglieder fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt auf eine Beschlussfassung verzichtet werde.

**16. Benennung eines Mitgliedes im Seniorenbeirat der Gemeinde Schermbeck**

- vergleiche Vorlagen Nr. 00079RAT/2010 -

Herr Heiske weist darauf hin, dass laut Satzung Mitglieder im Seniorenbeirat 55 Jahre und älter sein müssen und regt eine entsprechende Anpassung des Beschlusses an.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck benennt folgendes Mitglied aus der Fraktion Bürger für Bürger im Rat der Gemeinde Schermbeck (BfB) für den Seniorenbeirat

***Klaus Roth***

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig gem. Beratungsergebnis.

**17. Ersatzbenennungen für einen ausgeschiedenen Mandatsträger in den Ratsausschüssen**

hier: Mike Cornelis

- vergleiche Vorlagen Nr. 00096RAT/2010 -

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beschließt gemäß § 50 GO NW und auf Vorschlag der FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Schermbeck, als Ersatz für Herrn Mike Cornelis

**im Wirtschaftsförderungsausschuss**

zum ständigen Mitglied

Herrn Heinrich Schwiese,

**im Planungs- und Umweltausschuss**

zum 1. stv. Mitglied

Frau Anja Krüger,

zum 2. stv. Mitglied (Ersatz für Frau Anja Krüger)

Herrn Michael Lüders,

**im Betriebsausschuss**

zum 1. stv. Mitglied

Herrn Heinrich Schwiese,

zum 2. stv. Mitglied (Ersatz für Herrn Heinrich Schwiese)

Frau Anja Krüger,

**und im Kultur-, Schul- und Sportausschuss**

zum 3. stv. Mitglied

Herrn Michael Lüders

zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig gem. Beschlussvorschlag.

**18. Ersatzbenennungen für die aus der Gemeinde Schermbeck zu entsendenden Vertreter in versch. externen Organisationen / Gremien: Sparkassenzweckverband Wesel / Hamminkeln / Schermbeck, Wasser- und Bodenverband „Schermbecker Mühlenbach“, Runder Tisch „Älterer Menschen“ im Kreis Wesel, Euregiorat, Wasserversorgungsverband „Wittenhorst“, Wasser- und Bodenverband „Rhaderbach / Wienbach“**

hier: Anträge der SPD-Fraktion vom 26.04.2010, der BfB-Fraktion vom 29.05.2010 und der CDU-Fraktion vom 08.06.2010

- vergleiche Vorlagen Nr. 00094RAT/2010 –

-Von der Tagesordnung abgesetzt.-

**19. Ersatzbenennung eines stv. Mitglied mit beratender Stimme im Kultur, Schul- und Sportausschuss**

hier: Volker Franken als Nachfolger für Dr. Guy W. Rammenzweig

- vergleiche Vorlagen Nr. 00091RAT/2010 -

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Schermbeck beruft gemäß § 85 Abs. 2 S. 2 Schulgesetz NRW als Ersatz für Herrn Dr. Guy W. Rammenzweig Herrn Volker Franken zum stv. Mitglied mit beratender Stimme im Kultur-, Schul- und Sportausschuss. In seiner Funktion als Vertreter für die Evangelischen Kirchen in Schermbeck obliegt ihm die persönliche Stellvertretung für Herrn Pfarrer Christian Hilbricht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig gem. Beschlussvorschlag

**20. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr ... auf den Beschluss des Rates der Gemeinde Schermbeck vom

30.06.2009 zur Erweiterung der Asylunterkunft Schulweg. Aufgrund der von den Anwohnern befürchteten negativen Umfeldauswirkungen bittet er um Beantwortung der Fragen von Herr Rittmann.

Herr ... richtet folgende Fragen an den Bürgermeister:

1. Aus welchen Gründen hätten die Anwohner des Asylwohnheimes Schulweg im Vorfeld der damaligen Ratssitzung keinerlei Informationen erhalten?
2. War den Entscheidungsträgern der damaligen Ratsentscheidung bewusst, wie stark eine derartige bauliche Erweiterung des Wohnheimes aus der Sicht der Anwohner zu einer Ghetto-Bildung beitrage?
3. In welchem Umfang wurde der Neubau eines Asylwohnheimes in Ortsnähe überhaupt geprüft?

Herr Grüter verwehrt sich einleitend mit Nachdruck gegen den Vorwurf, dass der Öffentlichkeit Informationen hierzu nicht vorgelegen hätten. Zur ersten Frage verdeutlicht er, dass wie bei allen anderen Tagesordnungspunkten im öffentlichen Sitzungsteil die Beratungsvorlage nebst Anlagen neben den Ratsmitgliedern auch der Lokalpresse ca. 1,5 Wochen vor dem Sitzungstermin übersandt wurden. Ca. 1 Woche vor der damaligen Sitzung sei die Beratungsvorlage mit Kerninformationen zu diesem Bauvorhaben auf der offiziellen Internetseite der Gemeinde Schermbeck dargestellt worden. Über diese Entscheidung des Rates habe die Lokalpresse zudem am 01. bzw. 02.07.2009 berichtet. Den Vorwurf, dass die Öffentlichkeit über diese Maßnahme nicht informiert worden sei, sehe Herr Grüter damit als entkräftet an. Aufgrund der Vertragslaufzeit sowie den vereinbarten Kündigungsfristen für die Anmietung des Asylwohnheimes an der Alten Poststraße sei zum damaligen Zeitpunkt eine zeitnahe Entscheidung erforderlich geworden. Weil zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses eine eklatante Steigerung in der Anzahl der in Schermbeck unterzubringenden Asylsuchenden bestanden habe, beinhalte der Vertrag erhebliche Kosten für die Gemeinde Schermbeck. Zudem sei eine theoretische Fortsetzung der Nutzung dieses angemieteten Wohnheimes mit erheblichen Sanierungskosten verbunden. Weil jedoch die Zuschussmittel aus dem Konjunkturpaket 2 eine nachhaltige Verwendung voraussetzen würden, habe die Verwaltung der Politik Konzepte zur Einsparung vermeidbarer Ausgaben in diesem Bereich vorgestellt. Das angestrebte Einsparvolumen umfasse 47.000,-- €pro Jahr.

Herr ... bittet um Auskunft, wer die Nachbarn des Asylwohnheimes Üfte mit ihren nicht nur positiven Erfahrungen zur bisherigen Unterbringung der Asylsuchenden in diesem Wohnheim über das Erweiterungsgebäude informiert habe.

Herr Hoppius verdeutlicht, dass in der Fragestunde für Einwohner im Rat und seinen Ausschüssen Fragen ausschließlich an die Verwaltung und nicht an die Rats- bzw. Ausschussmitglieder gestellt werden könnten. Er vermute aufgrund dieser Fragestellung, dass im Vorfeld der damaligen Ratssitzung kein Informationsaustausch zwischen der Kommunalpolitik und den dortigen Anwohnern stattgefunden habe. Mit dem auch von der Gemeinde Schermbeck aufgrund der kommunalen Finanzlage zu erstellenden Haushaltssicherungskonzept habe die Verwaltung aufgrund zwingender Rechtsvorgaben für einsparfähige Ausgaben der Kommunalpolitik mögliche Lösungsansätze zur Entscheidung vorzulegen. In der Ratssitzung am 30.06.2009 hätten sich die Ratsmitglieder eindeutig für diese Alternative entschieden. Zzt. seien im Wohnheim an der Alten Poststraße in der Gemeinde Schermbeck 17 asylsuchende Personen gemeldet, wobei sich dort regelmäßig 4 bis 6 Personen aufhielten.

Auf entsprechende Anfrage von Herrn ... teilt Herr Abelt mit, dass nach dem Stand Mai 2010 die Gemeinde Schermbeck derzeit ihr Aufnahmesoll zu 169,35 % erfüllt habe, so dass eine Zuweisung weiterer Personen zzt. unwahrscheinlich erscheine. Dies könne sich aber jeder Zeit durch entsprechende politische Krisensituationen z. B. kriegerische Auseinandersetzungen in europäischen Ländern, ändern. Inklusive der geduldeten Personen seien derzeit im Wohnheim Schulweg ca. 20 Personen untergebracht.

Herr ... bittet um Auskunft, aus welchem Grund weitere Wohnräume in dem Wohnheim errichtet werden sollen, wenn die aktuellen Zahlen dies gegenwärtig nicht erfordern.

Herr Hoppius verweist auf die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinde Schermbeck zur kurzfristigen Aufnahme asylsuchender Personen. Unter Hinweis auf die als Folge des seinerzeitigen Kosovokrieges kurzfristig stark angestiegene Anzahl der Asylsuchenden sei eine ausreichende Unterbringungsreserve unbedingt notwendig, um die erheblich finanzintensivere Anmietung von Wohncontainern zu vermeiden.

### Nichtöffentlicher Sitzungsteil

TOP

21. Mitteilungen

...

22. Fragestunde für Ratsmitglieder

...

- Grüter -  
Vorsitzender

- Eickelschulte -  
Schriftführer

Anlagen zum archivierten original der Sitzungsniederschrift:

Zu TOP 11:

5. Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung für die Sportstätten der Gemeinde Schermbeck vom 14.12.1976 in der beschlossenen Fassung